

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 177/2011 (RL)

**Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK): Straffung des Budgetprozesses
(02.11.2011)**

Die Ratsleitung wird beauftragt zu prüfen, wie der Budgetprozess auf Kantonsratsebene gestrafft werden kann. Dabei ist anzustreben, dass der Prozess während der parlamentarischen Vorberatung in den Kommissionen miliztauglicher und der Terminplan im Herbst auf parlamentarischer Ebene weniger gedrängt ist.

Begründung (02.11.2011): schriftlich.

Der Budgetprozess ist sehr gedrängt. Es zeigt sich, dass die Beratung des Voranschlags und der Globalbudgets die Grenzen des im Milizsystem Zumutbaren auslotet. Insbesondere der Terminplan im Herbst ist derart eng, dass es fraglich erscheint, ob die Vorlagen von den Milizparlamentarierinnen und -parlamentariern in der nötigen Tiefe und mit der nötigen kritischen Distanz beraten werden können. Das rührt daher, dass der „alte“ Budgetprozess aus Vor-WoV-Zeiten, insbesondere dessen Termine, weitgehend unverändert in das WoV-Zeitalter übernommen wurde ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass das Budget nun nicht mehr ausschliesslich von der FIKO, sondern neu auch von den Sachkommissionen behandelt wird. Die Sachkommissionen mussten in diesen vorgegebenen Ablauf hineingequetscht werden. Wenn davon auszugehen ist, dass sich Anfang (Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat spätestens Mitte September) und Ende (Budgetberatung im Kantonsrat in der Dezember-Session) des Budgetprozesses nicht wesentlich verschieben lassen, muss nach Möglichkeiten gesucht werden, den Budgetprozess auf Parlamentsseite innerhalb dieser zeitlichen Parameter zu verschlanken. Der Nutzen des Differenzbereinigungsverfahrens zwischen Sachkommissionen und FIKO ist kritisch zu hinterfragen und insbesondere in Relation zum Aufwand zu setzen, der für die Milizparlamentarier aus dem Differenzbereinigungsverfahren resultiert. Unter Umständen könnte ohne wesentliche Einbusse darauf verzichtet und die Globalbudgets wie andere Sachvorlagen behandelt werden, d.h. mit einmaliger Behandlung in der Sachkommission als Erstkommission und in der FIKO als Zweitkommission ohne das bekannte Ping-Pong. In Anlehnung an die allseits positiv bewertete Praxis von GPK und FIKO, den Geschäftsbericht in gemeinsamen Ausschüssen zu behandeln, könnten auch für das Budgetverfahren allenfalls gemeinsame Ausschüsse der Sachkommissionen mit der FIKO gebildet werden, wodurch ein Gewinn auf der Zeitachse resultieren würde, weil die Staffelung all der Ausschusssitzungen im Herbst entfallen würde. Diese Budgetgremien könnten nach den Herbstferien tagen und ihre Anträge formulieren. Eine Differenzbereinigung würde sich erübrigen, weil Vertreter beider Kommissionen schon am gleichen Tisch sitzen und sich auf etwas einigen. Anschliessend könnten Sachkommissionen und FIKO sich darauf beschränken, von diesen Anträgen Kenntnis zu nehmen, hätten aber bei Bedarf immer noch die Möglichkeit, zusätzliche eigene Anträge zu formulieren, die aber keinem Differenzbereinigungsverfahren unterliegen würden. Die Gesamtverantwortung für das Budget würde nach wie vor bei der FIKO liegen, die – wie heute – als letzte ihre Anträge beschliessen würde. Die Straffung des Budgetprozesses darf *nicht* dazu führen, dass der Regierungsrat das Budget noch später als heute schon (Mitte September) vorlegt, weil sonst die Zeit, die dem Parlament für die Behandlung zur Verfügung steht, noch gedrängter wird, was mit dem vorliegenden Vorstoss gerade verhindert werden soll.

Nachdem die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) mittlerweile seit ein paar Jahren definitiv eingeführt ist, hat die GPK einige Überlegungen zur praktischen Arbeit und insbesondere zu den parlamentarischen Möglichkeiten und Instrumenten unter den WoV-Regeln angestellt. Sie ist zur Auffassung gelangt, dass es in verschiedenen Bereichen Verbesserungspotenzial gibt und hat entsprechende Ideen entwickelt; dieser Vorstoss ist Teil eines Pakets, das mehrere Vorstösse umfasst, die alle gleichzeitig eingereicht werden. Die GPK lädt Ratsleitung und Regierungsrat ein, die Beantwortung zuhanden des Parlaments zu koordinieren und so zu terminieren, dass alle Vorstösse gemeinsam spätestens im Frühling 2012 im Kantonsrat behandelt werden können. Die GPK ersucht die Ratsleitung zudem, anschliessend eine Spezialkommission einzusetzen, welche alle erheblich erklärten Vorstösse im Rahmen eines Gesamtpakets bearbeiten und dem Kantonsrat aufeinander abgestimmte Umsetzungsvorschläge im Rahmen einer einzigen Vorlage unterbreiten soll, die alle nötigen Anpassungen der betroffenen Gesetze und des Geschäftsreglements des Kantonsrats umfasst. Die Spezialkommission soll ihre Arbeit bis spätestens Ende 2012 abgeschlossen haben, damit der Kantonsrat noch in dieser Legislatur seine Entscheide treffen kann.

Unterschriften: 1. Willy Hafner. (1)